



### PRESSEMITTEILUNG

20.03.2025

## **DPolG Bremen: Keine Kartenzahlung möglich – Polizei kann Strafen nicht durchsetzen!**

Bremen, 20. März 2025 – Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Bremen kritisiert die anhaltende Weigerung des Senats, Bremer Polizeidienststellen mit EC-Kartenlesegeräten auszustatten. Dies hat gravierende Folgen für die Strafverfolgung: Tatverdächtige müssen trotz Zahlungswilligkeit entweder in Haft genommen oder – noch absurder – einfach laufen gelassen werden, weil die Polizei keine Möglichkeit hat, Sicherheitsleistungen oder Geldstrafen vor Ort per Karte zu kassieren.

"Diese Situation ist ein Schlag ins Gesicht für die Polizei und den Rechtsstaat," erklärt Landesvorsitzender Bernard Soika. "Wir haben immer wieder mit Fällen zu tun, in denen eine Sicherheitsleistung angeordnet wird, aber der Betroffene kein Bargeld dabei hat. Eine einfache EC-Kartenzahlung könnte das Problem lösen – doch weil Bremen im Jahr 2025 noch immer keine Kartenlesegeräte hat, muss die Polizei Bremen einen erheblichen Aufwand betreiben, um die Strafe einzuziehen. Dafür wurden in der Vergangenheit mehrere Geldautomaten aufgesucht und versucht, dort Bargeld abzuheben. Es gab schon mehrere Fälle, in denen es nicht funktionierte. Dann stehen die Kolleginnen und Kollegen vor einem absurden Dilemma: Entweder sie nehmen jemanden in Haft, obwohl er zahlen will, oder sie müssen ihn laufen lassen und haben kaum eine Möglichkeit, die Strafe im Nachhinein einzuziehen."

**Unverhältnismäßige Haft oder keine Strafverfolgung – beides untragbar!**

Täglich stehen die Beamtinnen und Beamten der Bremer Polizei vor dieser unnötigen Zwickmühle: Soll ein Täter trotz Zahlungsfähigkeit in eine Zelle gesteckt werden, nur weil Bremen nicht in der Lage ist, einfache Technik bereitzustellen? Oder muss man ihn gehen lassen, wohlwissend, dass die Strafe wahrscheinlich nie mehr eingetrieben wird?



20.03.2025

Andere Bundesländer haben längst moderne Zahlungssysteme eingeführt, um Sicherheitsleistungen und Geldstrafen vor Ort per EC-Karte zu kassieren. Bremen hingegen verliert jedes Jahr einen hohen fünfstelligen Betrag an Einnahmen, weil eine nachträgliche Zahlung in vielen Fällen nicht mehr realistisch durchgesetzt werden kann.

„Es kann nicht sein, dass Bremen mutwillig auf Strafzahlungen verzichtet oder Menschen eventuell grundlos in Haft stecken müsste, nur weil es an einem simplen Kartenlesegerät fehlt," so Bernard Soika weiter. "Hier geht es nicht um eine Kleinigkeit, sondern um die grundlegende Handlungsfähigkeit der Polizei!"

Die DPolG fordert die Verantwortlichen im Senat auf, endlich zu handeln. Die Anschaffung von EC-Kartenlesegeräten ist weder teuer noch kompliziert, für die Politik in Bremen aber anscheinend trotzdem unmöglich. Sie ist längst überfällig, um die Polizei arbeitsfähig zu machen und absurde Rechtsbrüche zu vermeiden. Ein Probelauf an einer Polizeidienststelle hätten längst starten sollen, doch Probleme bei der Technik verhindern dies seit Monaten.

"Es ist beschämend, dass Polizistinnen und Polizisten in Bremen Verbrecher laufen lassen müssen, weil der Senat nicht in der Lage ist, eine einfache Kartenzahlung zu ermöglichen," resümiert die Bernard Soika. "Diese Farce muss sofort beendet werden!"